

Für gesundheitsorientierte Umweltpolitik – Erkenntnisse und Empfehlungen der Umweltbewusstseinsstudie 2024

For health-oriented environmental policy – findings and recommendations from the 2024 Environmental Awareness Study

Julia Fülling, Nils Lehmann, Ying Chen, Alexandra Karg, Vivian Frick

Kontakt

Julia Fülling | Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW) GmbH, gemeinnützig |
Potsdamer Str. 105 | D-10785 Berlin | E-Mail: julia.fuelling@ioew.de

Zusammenfassung

Dieser Beitrag präsentiert Ergebnisse der Umweltbewusstseinsstudie 2024. Die Repräsentativbefragung wird alle zwei Jahre im Auftrag des Umweltbundesamtes durchgeführt und erfasst Daten zum Umweltbewusstsein in Deutschland. Fokus des Beitrags sind die Ergebnisse zum Schwerpunktthema „Umwelt, Gesundheit und Lebensqualität“. Es werden die individuellen Wahrnehmungen der Umweltqualität, von umweltbezogenen Gesundheitsbelastungen sowie mentale Auswirkungen der Klimakrise dargestellt. Die Ergebnisse der Studie zeigen, dass die empfundene Betroffenheit von Umweltbelastungen sich deutlich nach sozialer Lage unterscheidet – insbesondere benachteiligte Gruppen fühlen sich stärker betroffen. Weiterhin werden ausgewählte politische Handlungsempfehlungen präsentiert, die sich aus den Erkenntnissen der Studie ableiten und einen integrierten Ansatz für nachhaltigen Umwelt- und Gesundheitsschutz skizzieren. Die vollständigen Ergebnisse der Studie können dem wissenschaftlichen Bericht zur Studie entnommen werden (Frick et al., 2026).

Abstract

This article presents findings from the 2024 Environmental Awareness Study (Umweltbewusstseinsstudie 2024). The representative survey is conducted every two years on behalf of the German Federal Environment Agency (Umweltbundesamt) and collects data on environmental awareness in Germany. The focus of this article is on the results related to the key topic “Environment, Health, and Quality of Life.” It examines how people perceive environmental quality, environment-related health burdens, and the mental impacts of the climate crisis. The study’s findings show that perceived vulnerability to environment-related health burdens differs markedly by social status—particularly disadvantaged groups feel more affected. In addition, the article presents selected policy recommendations derived from the study’s insights, outlining an integrated approach to sustainable environmental and health protection. The complete results are available in the scientific report (Frick et al., 2026).





Quelle: ignacio-brosa/unsplash

Seit 1996 werden mit der Umweltbewusstseinsstudie im Auftrag des Umweltbundesamtes (UBA) und des Bundesumweltministeriums (BMUKN) regelmäßig Daten zum Umweltbewusstsein der Menschen in Deutschland erhoben. Im Jahr 2024 wurde für die 15. Wiederholung der Studie eine repräsentative Stichprobe von über 2.500 Personen befragt. Ergänzend wurden qualitative Fokusgruppen durchgeführt. Befragt wurden Bürgerinnen und Bürger ab 18 Jahren aus dem gesamten Bundesgebiet. Die Befragung bestand aus wiederholt gestellten Fragen, die einen Zeitvergleich ermöglichen, sowie Fragen zu einem aktuellen, umweltpolitisch relevanten Schwerpunktthema. Für die Umweltbewusstseinsstudie 2024 wurde der Zusammenhang von Umwelt, Gesundheit und Lebensqualität ins Zentrum gestellt. Die Studie fragte unter anderem nach der Rolle der Umweltqualität für die wahrgenommene Lebensqualität sowie den Wechselwirkungen zwischen beiden Aspekten. Darüber hinaus wurde die Wahrnehmung von Umweltbelastungen auf die eigene Gesundheit erhoben.

In diesem Beitrag wird zunächst ein kurzer Überblick gegeben über aktuelle Erkenntnisse zu Umweltwirkungen auf die menschliche Gesundheit. Anschließend werden ausgewählte Ergebnisse zum Schwerpunktthema vorgestellt. Im Fokus steht der wahrgenommene Zusammenhang zwischen Umweltqualität und Gesundheit. Abschließend werden aus den Ergebnissen der Umweltbewusstseinsstudie 2024 politische Handlungsempfehlungen für den Schutz von Umwelt und Gesundheit abgeleitet und in Zusammenhang mit dem Leitbild ökosoluter Politik gebracht.

Umwelt- und Klimaschäden belasten die Gesundheit

Die negativen Auswirkungen von Umwelt- und Klimaschäden auf die menschliche Gesundheit wurden vielfach nachgewiesen. Umweltschäden und Auswirkungen des Klimawandels gelten als signifikante Risikofaktoren für Atemwegs- und Herz-Kreislauf-Erkrankungen (Schlegel et al., [2021](#)). Unter anderem Luftverschmutzungen – insbesondere Feinstaubbelastung – waren 2021 verantwortlich für über 8 Millionen Todesfälle weltweit (Lelieveld et al., [2023](#)).

Luftschadstoffe wie Feinstaub, Ozon und NO₂ wirken sich nachweislich negativ auf die Gesundheit der Atemwege aus. Sie reizen die Schleimhäute und führen zum Beispiel zu Husten, Atembeschwerden und einer eingeschränkten Lungenfunktion; dabei fördern erhöhte Temperaturen die Bildung von Ozon und Feinstaub. Ebenso verlängern und intensivieren sich Pollensaisonen durch klimabedingte Veränderungen des Pflanzenwachstums und der Pollenproduktion. Phänomene wie Gewitterasthma verschärfen dies. Neben den Menschen mit Atemwegsvorerkrankungen gehören vor allem Kinder, ältere Menschen und Frauen zu den besonders betroffenen Gruppen (Schlegel et al., [2021](#); WHO, [2025](#)).

Zu anderen wichtigen gesundheitsgefährdenden Umwelt- und Klimafaktoren in Bezug auf Herz-Kreislauf-Erkrankungen zählen Lärm- und Lichtverschmutzung sowie Chemikalien in Böden oder Wasser. Auch Folgen des Klimawandels wie Extremwetterereignisse erhöhen das Krankheitsrisiko für viele Menschen (Münzel et al., [2025](#)). Hitzewellen zählen dabei zu den gefährlichsten Folgen in Europa, vor allem da durch den demografischen Wandel der Anteil älterer Menschen an der Bevölkerung steigt. Diese sind besonders anfällig für die Gesundheitsrisiken durch extreme Hitzeperioden. Vor allem in Kombination mit hoher Luftfeuchtigkeit können die körperlichen Anpassungskapazitäten schnell überfordert werden. Gesundheit und Lebensqualität werden so stark beeinträchtigt. Insbesondere Kinder, Schwangere, Ältere und Kranke, deren körpereigene Temperaturregulierung eingeschränkt oder nicht vollständig ausgebildet ist, sind davon betroffen; im schlimmsten Fall kann es zu einem Hitzeschlag kommen (SRU, [2023](#)). Gesundheitsrisiken durch Hitze variieren auch abhängig vom sozioökonomischen Status: Sozial benachteiligte Menschen haben zum Beispiel weniger Zugang zu gut gedämmten und gekühlten Räumlichkeiten und sind daher eher hitzeexponiert. Weiterhin spielt der im Durchschnitt schlechtere Gesundheitszustand benachteiligter Personen eine wichtige Rolle für die Hitzeempfindlichkeit (SRU, [2023](#)).

Umweltbezogene Gesundheitsbelastungen sind ungleich verteilt

Dass Gesundheitsbelastungen durch Umweltfaktoren sozial ungleich verteilt sind, ist bereits gut erforscht (z.B. Liebig-Gonglach et al., [2020](#)). Die Gefährdung durch schlechte Umweltqualität hängt dabei, neben der individuellen Sensibilität (z.B. durch Vorerkrankungen) von der Exposition (z.B. dem Wohnort) sowie den vorhandenen Bewältigungsressourcen ab (SRU, [2023](#); UMK, [2025](#)).

Besonders betroffen sind davon ältere Menschen, Kinder und Jugendliche (Schoierer et al., [2024](#)), Frauen (Ameyaw et al., [2025](#)), Menschen mit niedrigem sozioökonomischem

Status sowie Menschen mit Migrationsgeschichte und die Bevölkerung des Globalen Südens. Diese Betroffenheit kann sich vor dem Hintergrund intersektionaler Lebensrealitäten weiter verstärken. Auch im Bereich der Gesundheitsvorsorge zeigen sich soziale Ungleichheiten: Unterschiedliche Lebensbedingungen führen dazu, dass Menschen mit niedrigerem sozioökonomischem Status häufiger gesundheitlichen Belastungen ausgesetzt sind und von präventiven Gesundheitsleistungen seltener erreicht werden, was sich in einer erhöhten Morbidität und Mortalität widerspiegelt (Janßen et al., 2012). Benachteiligte Gruppen haben oft nur eingeschränkten Zugang zu qualitativ hochwertigen Grünflächen, Gewässern und weiterer gesundheitsförderlicher Infrastruktur, wodurch Umweltbedingungen die gesundheitliche Belastung weiter verstärken. Dieses Zusammenspiel aus ökologischen, infrastrukturellen, gesundheitlichen und sozioökonomischen Faktoren kann bei mehrfach benachteiligten Personen auch zu entsprechender Mehrfachbelastung führen.

Die Umweltbewusstseinsstudie untersuchte die Einstellung der Bevölkerung

Inwiefern sind sich die Menschen in Deutschland dieser Zusammenhänge von Umweltqualität, Gesundheit und Lebensqualität bewusst? Und welche Erwartungen haben sie diesbezüglich an die Umwelt- und Klimapolitik? Diese Fragen stellte sich die Umweltbewusstseinsstudie 2024. Das Kernelement der Studie war eine Befragung einer 2.552 Personen umfassenden Stichprobe, die im Herbst 2024 durchgeführt wurde. Grundgesamtheit für die Stichprobe war die deutschsprachige Wohnbevölkerung ab 18 Jahren. Die Stichprobe wurde über das sogenannte Post-Direkt-Verfahren rekrutiert. Dafür wurden rund 20.000 Personen aus dem Adresspool der Deutschen Post zufällig ausgewählt und schriftlich kontaktiert. Der Adresspool umfasst mit circa 44 Millionen validierten Adressen fast alle Privatadressen in Deutschland. Das Post-Direkt-Verfahren gilt als valide Alternative zum Einwohnermeldeamtverfahren, welches häufig als „Goldstandard“ bezeichnet wird (Stadtmüller et al., 2023). Da das Verfahren in der Reihe der Umweltbewusstseinsstudien erstmalig Anwendung fand, wurde zur Evaluation der neuen Methode eine Zusatzbefragung mit einer kürzeren Version der Hauptbefragung an einer zusätzlichen Panel-Stichprobe durchgeführt. So konnten die Ergebnisse der Hauptbefragung mit denen der Zusatzbefragung verglichen werden. Für die Umweltbewusstseinsstudie 2024 wurden weiterhin sechs Fokusgruppen zur qualitativen Begleitung der Hauptbefragung durchgeführt. Vier Fokusgruppen wurden für die Exploration des Schwerpunktthemas und die Erstellung des Fragebogens genutzt, zwei weitere Fokusgruppen dienten dazu die Ergebnisse der Hauptbefragung zu vertiefen und einzuordnen.

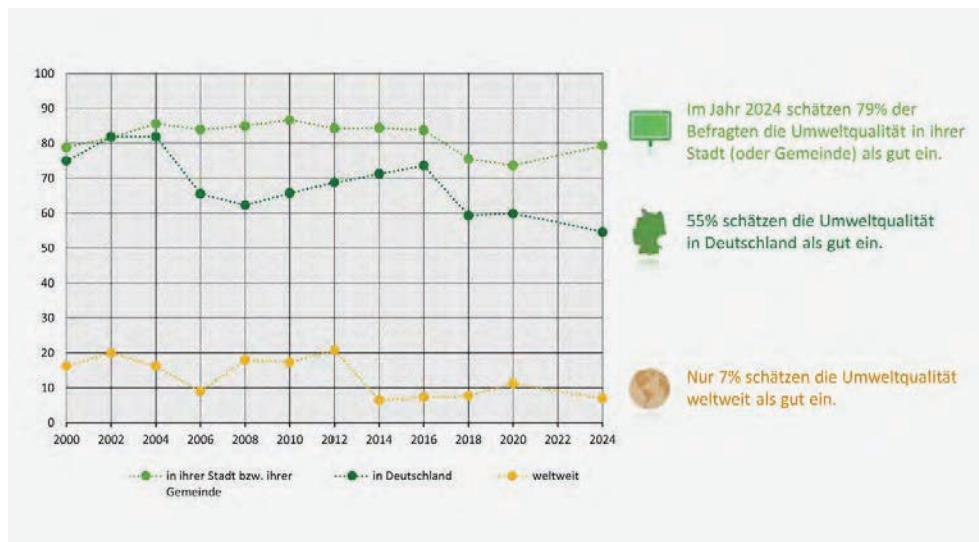
Wie die Bevölkerung den Zusammenhang von Umwelt und Gesundheit bewertet

Die Befragung befasste sich zunächst mit der Frage, wie die Menschen die Umweltqualität global, in Deutschland und in ihrer Stadt oder Gemeinde sowie in ihrem direkten Wohnumfeld bewerteten. 87 Prozent der Befragten schätzten die Umweltqualität ihres direkten Wohnumfeldes als gut oder sehr gut ein. Dieser Anteil lag für die Umweltqualität in Deutschland bei 55 Prozent, die Umweltqualität weltweit wurde nur von 7 Prozent der

Befragten als (sehr) gut eingeordnet ([□ Abbildung 1](#)). Insbesondere die Einschätzung der Umweltqualität in Deutschland ist dabei im Zeitvergleich seit 2000 auf dem bisher niedrigsten Niveau. Die negative Beurteilung der weltweiten Umweltqualität ließ sich bereits in der Vergangenheit beobachten und bewegt sich seit 2014 auf einem relativ konstant niedrigen Niveau.

Abbildung 1: Wahrnehmung der Umweltqualität.

Frage: „Nun geht es darum, wie zufrieden Sie mit der Umweltqualität insgesamt sind. Wie würden Sie die Umweltqualität jeweils beurteilen?“

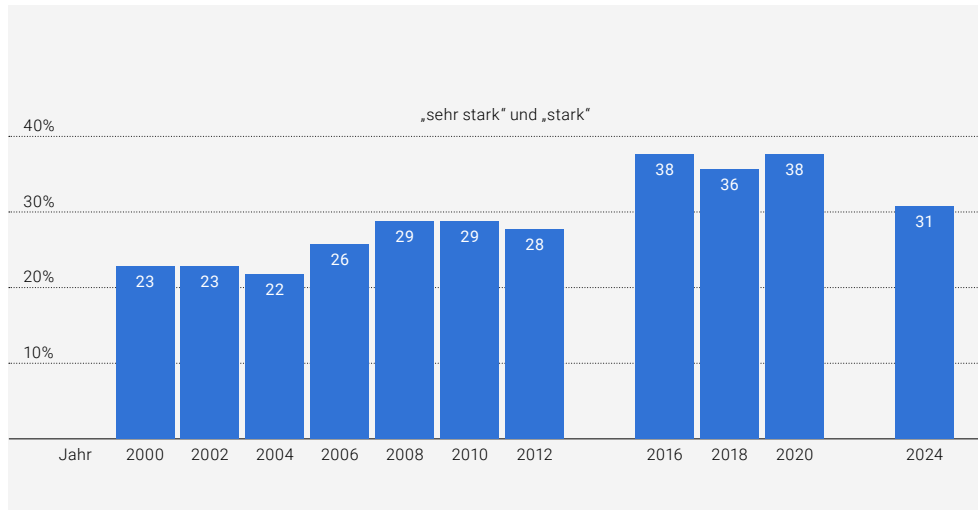


Angaben in Prozent, Quelle: eigene Darstellung, IÖW

Gleichzeitig stimmten 52 Prozent der Befragten der Aussage eher oder voll und ganz zu, dass sie sich Sorgen um eine zukünftige Verschlechterung der Umweltqualität in ihrem Wohnumfeld machen. Die Luftqualität, der Schutz vor großer Hitze in den Sommermonaten sowie Ruhe waren die Aspekte der Umweltqualität, um deren Verschlechterung sich die Befragten am meisten sorgten.

Auf die Frage, inwiefern Umweltverschmutzung ihre Gesundheit derzeit belasten würde, antworteten 31 Prozent mit stark oder sehr stark. Dieser Anteil ist im Vergleich zu den Jahren 2016 bis 2020 leicht gesunken, liegt aber immer noch auf einem höheren Niveau als in der Zeit von 2000 bis 2012 ([□ Abbildung 2](#)). Insbesondere Menschen mit einem niedrigen Einkommen oder Bildungsniveau sowie in der Stadt lebende Personen berichteten häufig von einer (sehr) starken Belastung.

Abbildung 2: Gesundheitliche Belastung durch Umweltverschmutzung.
Frage: „Wie stark glauben Sie, belasten Umweltverschmutzung und Umweltschadstoffe derzeit Ihre Gesundheit?“ Antworten: „sehr stark“ und „stark“



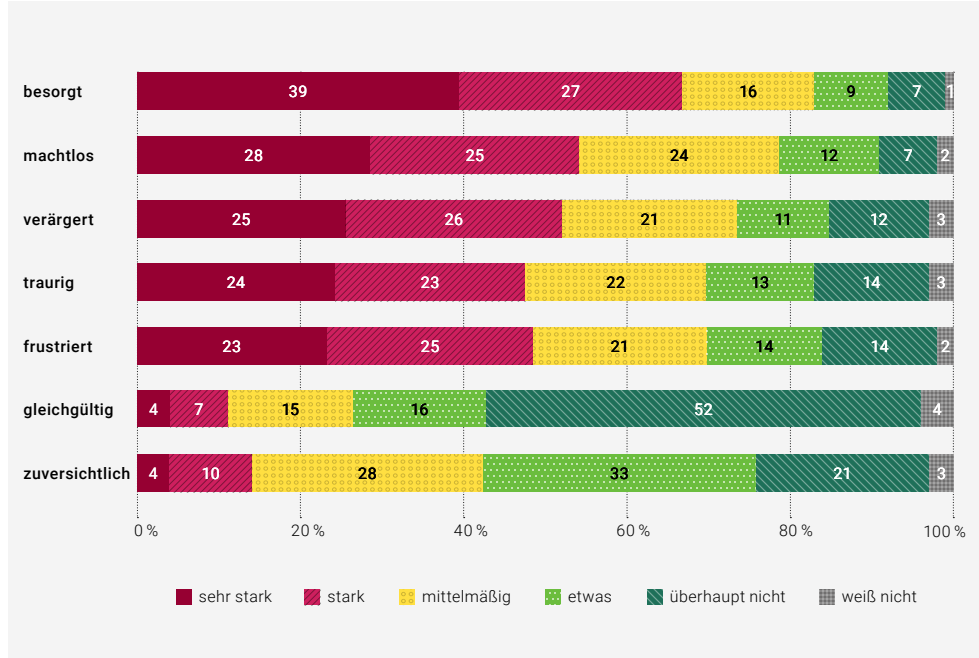
Angaben in Prozent, Quelle: eigene Darstellung, IÖW

Die Befragten bewerteten auch, ob verschiedene Belastungsfaktoren ihre Gesundheit beeinflussen. Ein großer Teil der abgefragten Faktoren wird von über einem Drittel der Befragten als mindestens „mittelmäßig belastend“ empfunden. Hitzeperioden als unmittelbar erfahrbare Belastung wurden dabei am häufigsten als belastend eingeordnet (35% äußerst stark oder stark belastend, 31% mittelmäßig belastend). Aber auch Plastikpartikel in Trinkwasser und Lebensmitteln oder Schadstoffe und Pflanzenschutzmittelrückstände in Lebensmitteln wurden von einer Mehrheit der Befragten als belastend wahrgenommen. Insgesamt fühlen sich Menschen aus dem niedrigsten Einkommenssegment (unter 2.000 € Haushaltsnettoeinkommen) eher belastet als Menschen aus dem höchsten Einkommenssegment (6.000€ und mehr). Dies betrifft vor allem Hitzeperioden (niedriges Einkommen: 45% / hohes Einkommen: 26%), Arzneimittelrückstände im Trinkwasser (30%/14%) und Arzneimittelrückstände in Lebensmitteln (28%/14%). Weiterhin werden Umweltauswirkungen auch von älteren Menschen sowie weiblichen Personen oftmals stärker wahrgenommen. Menschen, die in Großstädten oder zur Miete wohnen, berichteten häufiger von Lärm belastet zu sein.

Der Klimawandel belastet viele Menschen psychisch

Ein großer Teil der Befragten verbindet Gedanken an den Klimawandel mit negativen Emotionen (□ [Abbildung 3](#)). 66 Prozent fühlten sich (sehr) stark besorgt, 53 Prozent machtlos und 51 Prozent verärgert. Positive Emotionen wurden kaum geäußert, nur 14 Prozent gaben an (sehr) zuversichtlich zu sein. Nur 11 Prozent standen dem Klimawandel stark oder sehr stark gleichgültig gegenüber. Negative Emotionen waren unter anderem bei Frauen, älteren Personen, Menschen aus Westdeutschland sowie Personen mit höherem Bildungsniveau stärker ausgeprägt. Im Gegensatz dazu zeigte sich Zuversicht als einzige positive abgefragte Emotion häufiger bei Männern, Personen mit niedrigerem Bildungsniveau sowie Menschen mit Migrationshintergrund. Gleichgültigkeit wurde häufiger von männlichen Personen und Menschen unter 30 Jahren berichtet.

Abbildung 3: Emotionen bezüglich des Klimawandels.
Frage: „Nun geht es darum, wie Sie sich fühlen, wenn Sie an den Klimawandel denken.
Wenn ich an den Klimawandel denke, fühle ich (mich):“



Angaben in Prozent, Quelle: eigene Darstellung, IÖW

Aus den vorgestellten Befunden ergeben sich auch Anforderungen an die Umweltpolitik: Ganze 87 Prozent der Befragten stimmten der Aussage zu, dass der Schutz der menschlichen Gesundheit stärker als bisher in sämtlichen Politikbereichen als ein zentrales Ziel angestrebt werden sollte. Auch die Umweltpolitik konkret sollte laut 80 Prozent der Befragten den Schutz der menschlichen Gesundheit neben dem Schutz von Umwelt und Natur als zentrales Ziel stärker priorisieren. In Übereinstimmung mit diesen Ergebnissen war eine große Mehrheit auch der Meinung, dass umfangreiche Maßnahmen im Umwelt-, Natur-, und Klimaschutz positive Auswirkungen haben würden: Fast 80 Prozent waren der Meinung, dass solche Maßnahmen die Gesundheit und die Lebensqualität der Menschen in Deutschland verbessern würden.

Welche politischen Handlungsempfehlungen lassen sich aus der Studie ableiten?

Die Erkenntnisse der Umweltbewusstseinsstudie 2024 zeigen, dass es in der Bevölkerung eine große Zustimmung zur Berücksichtigung der menschlichen Gesundheit in allen Politikbereichen gibt. Dies lässt sich als deutliche Unterstützung für die „Health in All Policies“-Strategie deuten, die unter anderem von der WHO verfolgt wird (Köckler & Geene, 2022). Ziel der Strategie ist es, durch sektorenübergreifende Zusammenarbeit die Gesundheit der Bevölkerung zu fördern, gesundheitliche Ungleichheit zu verringern und schädliche Auswirkungen zu vermeiden.

Aus den Studienergebnissen lassen sich entsprechend verschiedene politische Handlungsempfehlungen zum gesundheitsbezogenen Umweltschutz ableiten. So kann durch

die Vermeidung oder Beseitigung umweltbezogener gesundheitlicher Belastungen die Umweltpolitik zu mehr Umweltgerechtigkeit beitragen, indem zum Beispiel gesundheitsfördernde Lebensräume und Nachbarschaften gefördert werden. Dies gilt umso mehr vor dem Hintergrund, dass umwelt- und klimatische Belastungen wie Lärm, Luftschadstoffe und Hitze, aber auch Umweltressourcen wie Grünflächen und Parks, sozial ungleich verteilt sind (UBA, 2025). Um im Sinne der Umweltgerechtigkeit insbesondere in urbanen Räumen möglichst gute umweltbezogene Gesundheitschancen für alle Menschen herzustellen (Bunge & Böhme, 2024), lassen sich folgende Empfehlungen ableiten:

Für eine sinnvolle Adressierung des Umweltschutzes sollten räumliche Schwerpunkte sozialer und umweltbezogener Belastungen identifiziert werden. Wie die Ergebnisse der Studie zeigen, fühlen sich zum Beispiel Personen mit einem geringen Einkommen oder in großen Städten lebende Menschen häufiger von Belastungen betroffen. Umweltbelastungen, klimatische Faktoren und soziale und gesundheitliche Risikolagen wirken dabei oft zusammen; diese besonders stark betroffenen Bereiche sollten auf kleinräumiger Ebene identifiziert und dauerhaft beobachtet werden. So können gezielt Maßnahmen zur Verbesserung der Lebensqualität geplant werden und gleichzeitig ein Erfolg der Maßnahmen überprüft werden (Böhme et al., 2019; UMK, 2025).

Für eine bessere Umsetzung ist dabei auch eine ressort- und fächerübergreifende Zusammenarbeit notwendig. Dies gilt insbesondere für die Bereiche Umwelt-, Klima- und Naturschutz, Gesundheitspolitik, Klimaanpassung, Stadtentwicklung, Verkehrsplanung und die Gemeinwesenarbeit (Böhme et al., 2022; SRU, 2023).

Bei konkreten Maßnahmen sollten zudem gesundheitsförderliche Umweltressourcen gestärkt werden. So haben zum Beispiel städtisches Grün und Blau sowohl ökologische und klimatische als auch gesundheitsfördernde und soziale Funktionen. Städtische Grünflächen und Gewässer dienen der wohnortnahen Erholung und Begegnung. Der Bedarf für einen Ausbau dieser Flächen zum Beispiel in sozial benachteiligten Wohngebieten kann anhand von Orientierungswerten für solche Infrastrukturen festgestellt werden (Blum et al., 2024; BMU, 2019).

Bei der Schaffung von gesunden, nachhaltigen und gerechten Umweltbedingungen müssen besonders die Bedürfnisse benachteiligter Gruppen berücksichtigt werden. Vulnerabilität wird dabei von vielen verschiedenen Faktoren beeinflusst, unter anderem von der Lebensphase, der physischen und psychischen Konstitution und auch der sozialen Situation, zum Beispiel durch Obdachlosigkeit oder die Unterbringung in einer Pflege- oder Gemeinschaftseinrichtung. Eine Berücksichtigung dieser Faktoren kann zum Beispiel bedeuten, die Fähigkeiten benachteiligter Gruppen zur Klimawandelanpassung durch spezifische Maßnahmen in Hitzeaktionsplanungen zu stärken (UMK, 2025).

Ökosale Politik als Leitbild

Die enge Verknüpfung zwischen Umweltschutz und menschlicher Gesundheit wurde auch vom Sachverständigenrat für Umweltfragen (SRU, 2023) sowie dem Wissenschaftlichen Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU, 2023) breit diskutiert.

Der Sachverständigenrat für Umweltfragen der Bundesregierung entwickelte einen Orientierungsrahmen der ökosoluten Politik, welche die fachlichen Rahmenkonzepte wie EcoHealth, OneHealth und Planetary Health in konkrete Handlungsforderungen für Umwelt- und Gesundheitspolitik übersetzt. Im Kern geht es darum „eine Umwelt zu erhalten oder zu schaffen, in der alle gut und gesund leben können“ (SRU, 2023, S.113). Zentral hebt der Sachverständigenrat für Umweltfragen hervor, dass die Herstellung gesundheitlicher Chancengleichheit durch Umweltschutz eine Frage der Gerechtigkeit ist: Die Umweltgerechtigkeit fordert eine sozialräumlich gerechte Verteilung umweltbezogener Gesundheitsressourcen und unvermeidbarer Risiken (Verteilungsgerechtigkeit) sowie die Einbindung Betroffener in umwelt- und gesundheitspolitische Prozesse (Verfahrensgerechtigkeit). Ergänzt werden sollte dies durch die Berücksichtigung ökonomischer Effekte umweltpolitischer Maßnahmen – zur Milderung von Einkommensungleichheiten –, sowie internationaler und intergenerationaler Gerechtigkeit (SRU, 2023). Die Ergebnisse der Umweltbewusstseinsstudie 2024 verdeutlichen, dass planetare und menschliche Gesundheit untrennbar miteinander verbunden sind. Viele Befragte nehmen gesundheitliche Belastungen durch Umweltverschmutzung und Extremwetterereignisse wahr, die sich entlang sozialer Dimensionen unterschiedlich stark zeigen. Eine hohe Umweltqualität sichert die Lebensqualität heutiger und zukünftiger Generationen. Die Berücksichtigung sozialer Gerechtigkeit und die Stärkung von Teilhabe sind dabei zentrale Voraussetzungen für eine integrierte, gesundheitsorientierte Umwelt- und Klimapolitik. [UBA] ●

Literatur

- [1] Ameyaw, E. K., Lassi, Z. S. & Wade, J. M. (2025). Facing the future: The nexus between climate change and women’s health. *Women’s Health*, 21, 17455057251400070. <https://doi.org/10.1177/17455057251400070>
- [2] Blum, P., Böhme, C., Kollmair, M. et al. (2024). Orientierungswerte für öffentliches Grün: Kurzfassung des Forschungsberichts : Stadtnatur erfassen, schützen und entwickeln. Bundesamt für Naturschutz (Hrsg.). <https://doi.org/10.19217/BRS242>
- [3] BMU – Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (Hrsg.). (2019). Masterplan Stadtnatur – Maßnahmenprogramm der Bundesregierung für eine lebendige Stadt. Abgerufen am 26. Februar 2026 von https://www.bmu.de/fileadmin/Daten_BMU/Download_PDF/Naturschutz/masterplan_stadtnatur_bf.pdf
- [4] Böhme, C., Franke, T., Preuß, T. (2019). Umsetzung einer integrierten Strategie zu Umweltgerechtigkeit – Pilotprojekt in deutschen Kommunen. Reihe Umwelt & Gesundheit 02/2019. Im Auftrag des Umweltbundesamtes. <https://www.umweltbundesamt.de/publikationen/umsetzung-einer-integrierten-strategie-zu>
- [5] Böhme, C., Franke, T., Preuß, T. et al. (2022). Umweltgerechtigkeit stärker verankern. Handlungsempfehlungen für Bund und Länder. Reihe Umwelt & Gesundheit 02/2022. Im Auftrag des Umweltbundesamtes <https://www.umweltbundesamt.de/publikationen/umweltgerechtigkeit-staerken-verankern>
- [6] Bunge, C. & Böhme, C. (2024). Umweltgerechtigkeit. Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) (Hrsg.), Leitbegriffe der Gesundheitsförderung und Prävention. Glossar zu Konzepten, Strategien und Methoden. <https://doi.org/10.17623/BZGA:Q4-I136-4.0>

- [7] Frick, V., Fülling, J., Karg, A. et al. (2026). Umweltbewusstseinsstudie 2024: Vertiefende Analysen. Reihe Texte 01/2026. Umweltbundesamt; Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit.
<https://www.umweltbundesamt.de/publikationen/umweltbewusstseinsstudie-2024>
- [8] Janßen, C., Sauter, S. & Kowalski, C. (2012). The influence of social determinants on the use of prevention and health promotion services: Results of a systematic literature review. *GMS Psycho-Social-Medicine*, 9, Doc07. <https://doi.org/10.3205/PSM000085>
- [9] Köckler, H. & Geene, R. (2022). Gesundheit in allen Politikfeldern / Health in All Policies (HiAP). In: Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) (Hrsg.), *Leitbegriffe der Gesundheitsförderung und Prävention. Glossar zu Konzepten, Strategien und Methoden*.
<https://doi.org/10.17623/BZGA:Q4-i157-1.0>
- [10] Lelieveld, J., Haines, A., Burnett, R. et al. (2023). Air pollution deaths attributable to fossil fuels: Observational and modelling study. *BMJ*, 383, e077784. <https://doi.org/10.1136/bmj-2023-077784>
- [11] Liebig-Gonglach, M., Pauli, A. & Hornberg, C. (2020). Zur Bedeutung von Umweltqualitäten und sozialen Verhältnissen als Gesundheitsfaktoren. In P. Kriwy & M. Jungbauer-Gans (Hrsg.), *Handbuch Gesundheitssoziologie*, 603–623. Springer Fachmedien Wiesbaden.
https://doi.org/10.1007/978-3-658-06392-4_32
- [12] Münzel, T., Sørensen, M., Lelieveld, J. et al. (2025). A comprehensive review/expert statement on environmental risk factors of cardiovascular disease. *Cardiovascular Research*, 121(11), 1653–1678.
<https://doi.org/10.1093/cvr/cvaf119>
- [13] SRU – Sachverständigenrat für Umweltfragen. (2023). Umwelt und Gesundheit konsequent zusammendenken: Sondergutachten. Abgerufen am 26. Februar 2026 von
https://www.umweltrat.de/SharedDocs/Downloads/DE/02_Sondergutachten/2020_2024/2023_06_SG_Umwelt_und_Gesundheit_zusammendenken.html
- [14] Schlegel, I., Muthers, S. & Matzarakis, A. (2021). Einfluss des Klimawandels auf die Morbidität und Mortalität von Atemwegserkrankungen. Reihe Umwelt & Gesundheit 04/2021. Umweltbundesamt.
<https://www.umweltbundesamt.de/publikationen/einfluss-des-klimawandels-auf-die-morbiditaet>
- [15] Schoierer, J., Lehmann, H., Köster-Lange, J. et al. (2024). Klimawandel – ein Gesundheitsthema (auch) für Familien und ihre jungen Kinder? *Bundesgesundheitsblatt – Gesundheitsforschung – Gesundheitsschutz*, 67(12), 1343–1349. <https://doi.org/10.1007/s00103-024-03977-4>
- [16] Stadtmüller, S., Silber, H., Gummer, T. et al. (2023). Evaluating an Alternative Frame for Address-Based Sampling in Germany: The Address Database From Deutsche Post Direkt. *Methods, data, analyses: a journal for quantitative methods and survey methodology*, 17(1), 29–46.
<https://doi.org/10.12758/mda.2022.06>
- [17] UMK – Umweltministerkonferenz. (2025). Umlaufbeschluss Nr. 08/2025: Schriftlicher Bericht und Leitlinien zu „Umweltgerechtigkeit“. (Berlin).
https://www.umweltministerkonferenz.de/umlbeschluesse/umlauf2025_08.pdf
- [18] UBA – Umweltbundesamt. (2025). Umwelt, Gesundheit und soziale Lage. Internetseite. Abgerufen am 26. Februar 2026 von <https://www.umweltbundesamt.de/daten/umwelt-gesundheit/umwelt-gesundheit-soziale-lage#strukturell-und-gesundheitlich-benachteiligt>
- [19] WBGU – Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen. (2023). *Gesund leben auf einer gesunden Erde*. <https://www.wbgu.de/de/publikationen/publikation/gesundleben>
- [20] WHO – World Health Organization. (2025). Climate change, air pollution, pollen and health: Technical brief. <https://doi.org/10.2471/B09412>